

Präsidialansprache Generalversammlung 2017

Dr. Gottlieb Keller, Präsident scienceindustries

19.05.2017

- es gilt das gesprochene Wort -

Für eine offene und prosperierende Schweiz

Sehr geehrte Damen und Herren

Im heutigen, international zunehmend komplexer werdenden Umfeld ist unsere Industrie eine starke und verlässliche Stütze der Schweizer Volkswirtschaft. Letztes Jahr exportierten unsere Mitgliedsunternehmen innovative hochwertige Produkte für nicht weniger als 94 Milliarden Franken. Das waren mehr als 45% der Schweizer Gesamtexporte, ein neuer Rekordwert. Diese Leistung, die Sie und Ihre Unternehmen jeden Tag erbringen, belegt eindrücklich, dass wir nach wie vor weiterhin zum Standort Schweiz stehen. Dieses Bekenntnis zur Schweiz leben wir Jahr für Jahr mit unseren zukunftsgerichteten Investitionsentscheiden. Dies insbesondere in den Forschungsplatz, in den unsere Mitgliedsunternehmen jährlich rund 7 Milliarden Franken investieren. Nur so lassen sich unsere rund 70'000 hochproduktiven Arbeitsstellen langfristig zum Nutzen unseres Landes sichern.

Als eine erfolgreiche und starke Industrie erachten wir es auch als unsere Pflicht, Politik und Bevölkerung, aber auch die anderen Wirtschaftssektoren, gerade in schwierigeren Zeiten aufzurufen, unser Land mit seinen über Jahrzehnten erarbeiteten Stärken positiv zu sehen, statt sich selbst klein zu reden und einseitig auf die Mängel und Risiken zu fokussieren. Diese positive Denkhaltung soll Vorbild sein und uns darin bestärken, die Herausforderung einer Zeit, in der die schnellen Veränderungen die einzige Konstante darstellen, mit Mut und Zuversicht anzupacken. Die Schnelllebigkeit und Unbeständigkeit vieler heutiger Entwicklungen lösen in weiten Teilen der Bevölkerung, der Politik, aber auch der Wirtschaft, tiefe Verunsicherung aus.

Und dies nicht ganz unberechtigt, denn wer hätte vor einem Jahr geglaubt, dass Grossbritannien aus der Europäischen Union austreten will oder dass Donald Trump zum Präsidenten der Weltmacht USA gewählt

wird? Wer hätte vor einem Jahr gewettet, dass die Unternehmenssteuer III derart deutlich abgelehnt wird, obwohl eigentlich allen klar ist, dass die Schweiz eine Steuerreform braucht?

Lassen Sie mich zu diesem zentralen wirtschaftspolitischen Thema kurz ein paar Worte verlieren. Es ist im Nachhinein für mich nur beschränkt erklärbar, weshalb eine starke Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen diese Steuervorlage stimmte. Die Mehrheit der Stimmenden konnte offenbar in der Vorlage keine Vorteile für sich erkennen, wohl aber ein Risiko, dass ihre Steuerrechnung steigen könnte. Diesem Mangel muss die Schweizer Politik nun mit der neuerlichen Steuervorlage 17 begegnen. Die international verpönten Steuerregime müssen abgeschafft, die Steuereinnahmen des Staates langfristig gesichert werden und die Steuerbelastung darf nicht steigen. Dies bleibt unsere Haltung auch für eine neue Version. Dazu braucht es Kompromisse von allen Beteiligten und auch ein aktives Mitmachen der Kantone ist nötig. Und dies alles möglichst rasch.

Dazu ein Nebensatz in eigener Sache: Roche hat und wird weiterhin nicht von einer Reform profitieren.

Doch zurück. Eine nach innen und auf sich selbst gekehrte Denkhaltung und Politik kann für ein kleines Land wie die Schweiz keine erfolgreiche Strategie sein. Unser Land verfügt über nur wenige natürliche Ressourcen und nur über einen bescheidenen Absatzmarkt. Der internationale Handel war damit von Anfang eine zwingende Voraussetzung, um in der Schweiz Wohlstand zu schaffen. Nur so konnten die nötigen Rohstoffe beschafft und die wertschaffenden Produkte verkauft werden. Die Schweiz konnte in diesem weltweiten Wettbewerb dank ihrer verschiedenen Stärken bestehen. Dazu gehörten bisher stabile politische Verhältnisse, ein sicheres und durchsetzbares Rechtssystem, ein ausgezeichnetes Bildungssystem, ein flexibler Arbeitsmarkt und eine im grossen Ganzen arbeitswillige und fleissige Bevölkerung. Die über Jahrzehnte rekordverdächtig tiefe Arbeitslosigkeit bei hoher Beschäftigungsquote sprechen diesbezüglich eine klare Sprache. Zu diesen Vorteilen müssen wir Sorge tragen. Lassen Sie mich im Folgenden zwei für den Erfolg unserer Industrie zentrale Rahmenbedingungen hervorheben.

Erstens den Schutz von Erfindungen durch Patente. Unternehmen investieren in Forschung und Entwicklung nur dann, wenn der erwartete betriebswirtschaftliche Ertrag der Innovation deren Kosten übersteigt. Wissenschaftliche Erkenntnisse und Produktideen eines forschenden Unternehmens stiften einen volkswirtschaftlichen Zusatznutzen. Ohne staatlichen Schutz des Geistigen Eigentums würde den forschenden Unternehmen kein Ertrag zufallen. Das Instrument des Patenten ändert dies. Es sichert während einer zeitlich beschränkten Dauer den forschenden Unternehmen einen ausreichenden Anteil an den gesamtwirtschaftlich anfallenden Erträgen der Innovation. Als Zusatzleistung für die Gesellschaft fördert die vom Patentrecht vorgeschriebene Publikation der Erfindung die wissenschaftliche Forschung und den Innovationswettbewerb. Gerade für unsere Industrie ist der Schutz des Geistigen Eigentums durch Patente eine zentrale Grundvoraussetzung ihrer Geschäftstätigkeit. Dabei muss dieser Schutz in der

heutigen globalen Wirtschaft selbstverständlich nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit durchgesetzt werden. Nach Ablauf des Patentschutzes steht dann die Innovation den Nachahmern zur Verfügung und wird der Gesellschaft zu den blossen Herstellungskosten der Produkte zur Verfügung gestellt. Darin liegt dann meist der grösste Nutzen für die Gesellschaft.

In den neuen Freihandelsabkommen ist der Schutz des Geistigen Eigentums, der im internationalen TRIPS-Abkommen standardisiert ist, konsequent aufzunehmen, beispielsweise auch in den Verhandlungen mit Indien und Indonesien. In erster Linie muss dabei geklärt werden, dass der Import patentgeschützter Produkte in Indien und Indonesien als sogenannte Ausübung des Patentes gilt. Die bisherige Weigerung Indiens, dies entgegen der internationalen Usanz anzuerkennen, kommt einer Marktabschottung gleich. Indien und Indonesien fordern mit ihrer Haltung faktisch eine lokale Produktion und dies steht im Widerspruch zum Geist eines Freihandelsabkommens und den internationalen TRIPS-Verpflichtungen. Handelsabkommen mit ungenügenden Bestimmungen zum Schutz des Geistigen Eigentums resp. dem Gewährenlassen von Indien und Indonesien würden gefährliche Präzedenzfälle für andere Staaten schaffen und wichtige Handelspartner der Schweiz verärgern. Übrigens hat sich auch China im Freihandelsabkommen mit der Schweiz auf die TRIPS-Bestimmungen verpflichtet und selbst der Iran scheint diese wie von mir immer wieder postulierte Formulierung zu akzeptieren, obwohl er noch nicht WTO-Mitglied ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Abkommen mit Indien und Indonesien ohne die Bestimmung «importation is working the patent» würde die Bemühungen unserer Industrie zur weltweiten Erhaltung des Schutzes des Geistigen Eigentums schwächen und ein falsches Signal an zukünftige Freihandelskandidaten senden. Solange diese Weigerung Indiens bestehen bleibt, lehnt scienceindustries einen Abschluss eines Freihandelsabkommens mit Indien ab. Dies gilt auch für Indonesien und andere Länder.

Zweitens die Bedeutung von offenen Märkten. Viele unserer Mitgliedsunternehmen sind mit ihren spezialisierten Produkten Weltmarktführer. Seit Jahrzehnten setzt sich scienceindustries für die Vertiefung des internationalen Marktzugangs mittels multilateraler, plurilateraler oder bilateraler Instrumente ein. Dabei war es immer ein zentrales Anliegen, dass diese Abkommen international anerkannten Standards im Bereich des Zollabbaus und, wie vorangehend erwähnt, des Geistigen Eigentums, genügen. Als kleines Land ohne strategische Partner sind wir auf Gedeih und Verderben auf rechtssichere Handelsverträge und durchsetzbare verbindliche globale Regelwerke angewiesen. Dass Sie sich, sehr geehrter Herr Bundesrat, immer wieder für die Stärkung des multilateralen WTO-Systems und den Ausbau des schweizerischen Freihandelsnetzes einsetzen, verdient in diesem Licht unsere volle Anerkennung und Unterstützung. Wir

begrüssen deshalb ausdrücklich weitere hochstehende Freihandelsabkommen mit Ländern wie Brasilien, Russland, Indien und den USA. Und ich weiss, dass Sie sich im vergangenen Jahr in Brasilien gerade dafür enorm eingesetzt haben.

Diese Aussenwirtschaftsstrategie schuf die Voraussetzungen für eine langjährige und erfolgreiche Entwicklung in der Schweiz und weltweit. Nicht ohne Sorge stellen wir aber heute fest, dass in zahlreichen westlichen Ländern zunehmend protektionistische Massnahmen ins Auge gefasst werden und Fakten zu "fake news" und Unwahrheiten zu Fakten verdreht werden. Das historisch belegte Erfolgsmodell der "zunehmenden Globalisierung" wird immer häufiger zum Sündenbock aller möglichen negativen Entwicklungen in Umwelt, Gesellschaft und Politik gebrandmarkt. Der Ruf nach strengeren Grenzkontrollen, einem höheren Binnenmarktschutz oder mehr Souveränität ist aus weltoffener Sicht kritisch zu hinterfragen. Zwar sind diese Forderungen politisch verführerisch, zielführend sind sie aber nicht. Denn gerade die Schweiz mit ihrem kleinen Binnenmarkt, die zur Sicherung des eigenen Wohlstandes stark von ihren Exporten lebt, ist zwingend auf offene Märkte in möglichst allen Ländern der Welt angewiesen. Dass dabei auch die Länder profitieren, in die wir unsere innovativen Produkte exportieren, hat schon David Ricardo vor 200 Jahren gewusst und elegant bewiesen.

Erfreulicherweise hat die Schweiz der süßen Versuchung durch das Gift des Protektionismus bisher in vielen Bereichen, leider nicht in allen, widerstanden. Dies alleine hilft aber nichts, wenn andere Länder nationale Schranken hochziehen und regionale Verhandlungen wie das TTIP in Frage stellen. Eines bleibt gewiss: Wer eine nachhaltige Beschäftigung in einem Land sichern will, kann dies nicht mit protektionistischer Abschottung erreichen, sondern muss die Menschen mit einer klugen Bildungspolitik für Neues befähigen. Deshalb war Ende 2016 die Priorisierung der Staatsausgaben im Bereich der öffentlichen Bildung und Forschung 2017-2020 sowie die zeitgerechte und notwendige Ratifizierung von "Horizon 2020" so wichtig.

Lassen Sie mich kurz einige Worte zur Unternehmensverantwortungsinitiative einschieben. Diese Initiative wurde von einer breiten Allianz aus NGOs, Gewerkschaften und kirchlichen Kreisen angeregt und fordert die Einführung gesetzlicher Verpflichtungen und Haftbarkeiten für Unternehmen in der Schweiz. Konkret müssten Unternehmen in der Schweiz eine Sorgfaltspflicht für die ausländische Geschäftstätigkeit ihrer Tochterfirmen und Zulieferer übernehmen, und zwar insbesondere in Bereichen Menschenrechte und Umweltschutz. Opfer angeblicher Verletzungen könnten sodann in der Schweiz und nach Schweizer Recht gegen die betroffenen Unternehmen klagen. Betroffen wären alle Unternehmen in der Schweiz, sowohl multinationale Grossunternehmen, KMUs, aber wohl auch Grossverteiler wie Coop und Migros, die Produkte aus Indien, Bangladesch, Brasilien oder Öl aus diversen Ländern vertreiben.

Faktisch bestimmt jeder Staat innerhalb seines Staatsgebiets den für ihn verbindlichen Rechtsrahmen und setzt diesen nach seinen Prinzipien durch. Unsere bei scienceindustries als Mitglieder vertretenen und global tätigen Unternehmen halten sich an den jeweiligen Rechtsrahmen und orientieren sich darüber hinaus an international anerkannten Standards, wenn lokale Gesetze und Gepflogenheiten diesen Standards nicht genügen. Ferner befolgen unsere Unternehmen internationale Vereinbarungen wie etwa jene der OECD. Im Grunde dürfte kaum ein Unternehmen von scienceindustries aufgrund der angesprochenen Initiative je in der Schweiz verurteilt werden. Was mich persönlich daran stört, ist die schweizerische Sondervorschrift, die letztlich auf einem kolonialistisch-paternalistischen Weltbild beruht, die ganz in der Tradition des Imperialismus englischer oder französischer Mächte steht und von den USA heute auch praktiziert wird. Es gab auch den Spruch „am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ und ich finde nicht, dass die Schweiz in diese Fussstapfen treten sollte. Auch ist mir noch die Geschichte des Pharisäers und des Zöllners im Tempel aus der Sonntagsschule im Gedächtnis. Es scheint mir, dass die kirchlichen Kreise sich nun eher als Pharisäer verstehen.

Damit komme ich zum Schluss. Der Freihandel zwischen den Ländern - oder anders gesagt international offene Märkte - nützen unter dem Strich allen am Handel beteiligten Nationen, auch wenn zugegebenermassen nicht alle Menschen in einem Land davon profitieren können. Der zunehmende Widerstand in den westlichen Staaten gegen offene Märkte will diesen fundamentalen Vorteil des Freihandels nicht wahrhaben. Man glaubt zu Unrecht, ihr gegenwärtiger Lebensstandard sei auf alle Zeiten gesichert, unabhängig von den innenpolitisch motivierten Abschottungsmassnahmen. Unsere wirtschaftlich gesättigten westlichen Gesellschaften bewerten die Angst vor persönlichen Verlusten zunehmend höher als die Chance, im internationalen Handel zusätzliche Prosperität zu finden. Doch, wie die Geschichte leidvoll lehrt, sind eine freiheitliche Politik und wirtschaftlicher Wohlstand aufs Engste miteinander verflochten.

Als führende Industrie in diesem Land fühlen wir uns verpflichtet, diese fundamentalen Zusammenhänge und Werthaltungen unserer Bevölkerung immer wieder zu erklären. Offenheit und liberale Denkhaltung müssen wir alle jeden Tag in unserer Gesellschaft verteidigen, um wirtschaftlich und politisch abträglichen, imperialistischen, protektionistischen und isolationistischen Zeitströmungen widerstehen zu können. Nur so kann die Schweiz ihren exzellenten Wirtschaftsstandort und den hohen Lebensstandard ihrer Bürgerinnen und Bürger langfristig sichern.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.